Dresden, 1880.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Numm. 10 Pfge.

Auflage 35000 Exemplr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Zu Neustadt nur an Wochentagen pt. Klotzsche Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge., Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Das Bankgeschäft von Koppel & Co.
befindet sich Schloss-Strasse 19, Ecke der Sporergasse.

Kinder-Garderoben-Magazin
von **J. Boss**, Wilsdrufferstrasse 43
empfiehlt ein reichhaltiges Lager **eleganter Garderobe** für Knaben und Mädchen bis zum Alter von 16 Jahren. Bestellungen nach Maass werden in eigenen Ateliers prompt erledigt.

Für Vogelschiessen und Schulfeste
empfehle ich mein grosses Lager von Gewinnen und Prämien zu niedrigsten Preisen.
F. G. Petermann,
Galanteriewaarenhandlung,
Dresden, Galeriestrasse Nr. 10.

Frankreich. Im Senat brachte der Justizminister die Amnestievorlage ein; dieselbe wurde den Bureaus überwiesen. Artikel 1 des Antrags, betr. Aufhebung des Feldpredigerinstituts, wurde angenommen. Die indirekten Steuern trugen bis erste Hälfte des Juni gegenüber den Budgetanschlag 18 Millionen mehr ein.

England. Unterhaus. Wolff meldet eine Resolution an, betreffend die Finanzen der Türkei. Dilke erklärte: Die Pforte habe nach Vorlage die Uebersetzung der Reglements in den Provinzen verzögert. Die auf gestern angesagte zweite Sitzung der Kommission wurde von den türkischen Kommissionären auf unbestimmte Zeit vertagt.

Nr. 175. Witterung vom 22. Juni: Barometer nach Lottar Pfeild, Wasser. 19 (Abds. 7 Uhr) 257 Mill., seit gestern 3 Millim. gestiegen. Thermometerstg. n. Reaum.: 15° M., mindr. Temp. 9° M., höchste 24½° M. Windstand. Vormittags trübe, Nachmittags Regen.

Aussichten für den 23. Juni: Wolkig bis trübe, einzelne Niederschläge, Temperatur dieselbe.

Mittwoch, 23. Juni.

Politisches.

„Der Bischof ist, wie ich denke,
Ein höchst angenehmes Getränke!"

Diese Weisheit des Candidaten Jobses vor der Examenkommission hat jedenfalls den Vorzug vor der Erkenntniß, welche das unbetheiligte Publikum aus der Bischofsdebatte des Berliner Abgeordnetenhauses gewinnt. Ihre Bischöfe müssen die Katholiken wieder haben „und sollten sie dieselben aus der Erde graben", wie es im Volksliede heißt. Vom Standpunkte der katholischen Kirche ist dies begreiflich. Ohne Bischöfe keine geordnete Diöcesanverwaltung, keine regelmäßige Seelsorge. Auch für die preußische Regierung ist die Wiederbesetzung der verwaisten Bisthümer die Vorbedingung der Wiederherstellung regelrechter Beziehungen zwischen den Staats- und den Kirchenbehörden. Auf den naheliegenden und der Würde des Staates am meisten entsprechenden Ausweg: die Bischöfe zwar zu begnadigen und ihrer Rückkehr als Privatpersonen kein Hinderniß in den Weg zu legen, jedoch zur Verwaltung der Bisthümer Stellvertreter (Coadjutoren) einsetzen zu lassen, geht die Kirche nicht ein. Im Triumph will sie die Bischöfe zurückgeleitet sehen oder gar nicht. Der Staat hat sich zu unterwerfen und er unterwirft sich in der That. Er geht nach Canossa. Um aber den übeln Eindruck dieses Canossaganges abzuschwächen, hängen die gefälligen Freikonservativen dem Staate auf diesem Büßergange einen Pilgermantel in römischem Schnitte um. Die Freikonservativen bringen einen Unterantrag zu dem Bischofsparagraphen ein, wornach der Kultusminister solche Bischöfe wieder in Amt und Würden einsetzen darf, die „durch Handlungen die Absicht an den Tag gelegt haben, der Anzeigepflicht zu genügen". Die begnadigten Bischöfe brauchen nicht etwa die Staatsgesetze ausdrücklich als bindend anzuerkennen — i, Gott bewahre, das wäre ihnen zu viel zugemuthet; wenn sie nur „eine Absicht an den Tag legen", ziehen die hochwürdigen Herren unter unermeßlichem Jubel des katholischen Volkes in ihre Dome ein. In anderen deutschen Staaten freilich glauben die Bischöfe den Rechten ihrer Kirche Nichts zu vergeben, wenn sie dem Staate die von ihnen ernannten Priester zur Bestätigung anzeigen, in Preußen darf das nicht gehen, bei Leibe Gott nicht! Es ist daher kein Wunder, wenn das Centrum den Bußgang des Staates nach Canossa mit seinen frömmsten Segenssprüchen begleitet und für den Bischofsparagraphen, trotz des kleinen Circumflexes, den ihm die Freikonservativen anhängten, stimmte.

Windthorst, an der Spitze der Canossa-Prozession wallfahrtend, war freilich nicht blos Vorbeter. Dann und wann warf er auch den Liberalen, welche diese Bußfahrt stören wollten, einen ingrimmigen Fluch zu. Er rühmte die Intoleranz seiner Kirche, pries sie als etwas Erhabenes und forderte die anderen Kirchen auf, ebenso intolerant zu sein. Wie häßlich, wie gehässig das klingt! Auf diesen Aufruf zum Hasse im Jahre 1880 antwortete schon vor mehr als 2 Jahrtausenden der alte Heide Sophokles durch den Mund der edlen Antigone: „Zum Hassen nicht, zum Lieben bin ich da!" Noch vor dem Christenthume kam der innerste Gehalt dieser Weltreligion durch einen Heiden zum menschlich-schönen Ausdruck, 2 Jahrtausende später stellt ein „Christ" das Gegentheil als ein preiswürdiges Dogma auf. Geht die Welt vorwärts? Oder entwickelt sich die Menschheit nach rückwärts? Diese bange Frage drängt sich auf. Windthorst drohte der ganzen modernen Wissenschaft mit dem päpstlichen Anathema, indem er die freie Forschung auf den deutschen Universitäten verwünschte. Wahrlich, einer der besten Vertreter der deutschen Wissenschaft, Dr. Virchow, hat nicht Unrecht, wenn er mit ahnendem Geiste ausruft, daß das Streben Roms nach Weltherrschaft dem preußischen Staate keine Wahl läßt, als mit Sack und Pack katholisch zu werden. Windthorst nennt das zwar ein Aufhetzen der Leidenschaften der deutschen Protestanten, aber soll sich der Protestant nicht empören, wenn er sieht, daß es schließlich darauf abgesehen ist, das Prinzip des Protestantismus, das Recht der freien Forschung, zu vernichten? Das Centrum tobte, als die gerichtlichen Erkenntnisse vorgelesen wurden, wodurch der Erzbischof Melchers von Köln wegen fortgesetzten Eidbruches und Ungehorsams gegen die Staatsgesetze seiner Zeit amtsentsetzt worden war. Den Protestanten ist er ein Rebell, den Katholiken ein „ehrwürdiger Märtyrer" und als letzteren erkennt ihn künftig der preußische Staat an, indem er ihn am 5. September den Kölner Dom weihen läßt. Nun ist es auch ausgemacht, daß die Kirchendiktaturvorlage zu Stande kommt. Zwar stellt Windthorst es noch als ungewiß hin, aber im Nothfall giebt's für Alles ein Mittel. Die Regierung schneidet die Kirchendiktaturvorlage, die sie im Ganzen nicht durchbringen kann, je nach Bedürfniß in zwei, drei Theile, macht aus jedem einen besonderen Gesetzentwurf und läßt den einen von dieser, den andern von jener Mehrheit annehmen. Paßt der Bischof-Paragraph nicht in's Ganze, so läßt man ihn heraus und läßt ihn als Einzelgesetz in Kraft treten. Vom protestantischen Standpunkte aus ist es auf's Tiefste zu beklagen, daß der preußische Staat den Bußgang nach Canossa antritt. Die Bischöfe möge man begnadigen, aber sie haben Gehorsam den Staatsgesetzen zu geloben. Die Maigesetze gingen darin zu weit, daß sich der Staat anmaßte, Priester, die er nicht eingesetzt hat, absetzen zu können. Diesen Fehler verbesserte man. Aber nicht einmal das schriftliche und mündliche Gelöbniß ihnen anfinnen zu dürfen: den Landesgesetzen unterthan sein zu wollen, das ist eine Demüthigung, die wir nicht für möglich gehalten hätten. Trotz alledem vertrauen wir dem Genius der Menschheit, daß diese augenblickliche Verirrung sie nicht von ihren Zielen abdrängen kann.

In Frankreich heißt's umgekehrt: Noir perd, rouge gagné! Obwohl in Frankreich der Katholicismus eine ganz andere Bedeutung hat als in Deutschland und die zahlreichen Katholikenversammlungen, die jetzt kurz vor der Austreibung der Jesuiten und der Auflösung ungesetzlicher Mönchsorden rings in Frankreich stattfinden, der Regierung die Gefahr von Aufständen und eines Bürgerkriegs nahe legen, so ist doch kein Zweifel, es wird am 29. Juni die Schließung der Klöster vorgenommen. Die Regierung fürchtet sich dort nicht; sie vertreibt die Orden, wir führen die Bischöfe im Triumph zurück. Die Jesuiten möchten freilich nicht Frankreich ohne einen anständigen Zehrpfennig verlassen. Sie fordern die Royalisten auf, welche in aller Stille behufs Wiederherstellung des Königthums 13 Mill. Francs gesammelt haben, diese Summe doch den religiösen Orden zuzuwenden, die davon den besten Gebrauch machen würden. Die Royalisten haben natürlich nicht Lust, ihre Kriegskasse zu verlieren, und deshalb beging der im Dienste der Jesuiten stehende „Figaro" den Verrath, diese Angelegenheit an die große Glocke zu hängen. Die Jesuiten entblöden sich also nicht, ihren treuesten Bundesgenossen, den Legitimisten, das Messer an die Kehle zu setzen, und schließlich wird Graf Chambord seine Geldschränke den Jesuiten öffnen. Trotzdem muß man sagen: „Schwarz verliert in Frankreich, Roth gewinnt." Im Handumdrehen hat die Deputirtenkammer die volle Amnestie mit 333 gegen 140 Stimmen bewilligt. Ein Antrag, wenigstens die Verbrecher gegen das gemeine Recht auszuschließen, fand keine Mehrheit. Gambetta erging sich in enthusiastischen Phrasen für die Amnestie. Er hielt eine lange Rede, welche in allen Gemeinden Frankreichs angeschlagen werden soll. „Die Amnestie setzt einen Grabstein auf die Verbrechen der Commune. Ein einziges Frankreich, eine einzige Republik!" Schon wenige Tage vorher hatte Gambetta ein Ansehnliches in schwülstigen Phrasen geleistet. Um seine abgeblaßte Popularität in seinem Wahlbezirke Belleville aufzufrischen, besuchte er ein Fest zu Gunsten der Laienschule in Menilmontant. Ungeheurer Jubel empfing ihn, die Männer drückten ihm die Hand, die Frauen hielten ihm ihre Kinder entgegen, er solle sie küssen. Er that es nur in mäßigen Grenzen, sprang auf einen Tisch und proklamirte, wie die Franzosen von 1789, nicht blos die Bürger-, sondern die Menschenrechte (welche, beiläufig gesagt, die Franzosen nicht abhielten, Eroberungs- und Unterjochungskriege zu führen). Dann rief er: „Ich bin nicht gekommen, Reden zu halten; geht Euren Vergnügungen nach." Der Zweck des Erscheinens Gambetta's war aber der, die benachbarte Vorstadt Montmartre abzuhalten, den Brandstifter Trinquet zum Stadtverordneten von Paris zu wählen. Diese Wahl, wußte er, würde der Begnadigung der Communarden schaden. Man that ihm aber nicht den Gefallen, und derselbe Maire, welchen der Schuster Trinquet 1871 erschießen lassen wollte, mußte 1880 seine Wahl amtlich verkünden. Die Bonapartisten und Clerikalen, sogar die Stadtgendarmen hatten nämlich für jenen Communarden gestimmt, um der Republik zu schaden. Roth gewinnt, Schwarz verliert! Es ist, als ob es keine andere Farbe, als die der extremen Parteien gäbe! Die Wahl Trinquet's wird übrigens als ungiltig kassirt werden.

Das diplomatische Geheimniß der Griechenconferenz hat bereits einen Riß bekommen, durch den es sich entleert. Man weiß jetzt, daß Frankreichs Vorschlag: Griechenland bis zum 40. Breitengrade, also einschließlich Janinas, zu vergrößern, den Beifall aller Mächte gefunden hat, außer den Oesterreichs. Dieses aber wird sich nicht isoliren. Die Conferenz wird ferner sich hüten, eine Commission von Offizieren und Geographen an Ort und Stelle zu schicken, um die Grenze im Einzelnen festzustellen. Europa riskirt nicht das Abenteuer, daß die Albanesen die Herren Commissäre niederschießen. Sie giebt einzig den Griechen den guten Rath, sich des ihnen vom grünen Tische aus zugesprochenen Landstrichs zu bemächtigen, wenn sie dazu Neigung und Kraft haben. Sie zieht die Grenze, bis wohin Griechenland vordringen kann, ohne auf den Widerspruch einer andern Macht als der Türkei zu stoßen. Das ist der ganze Zweck der Conferenz. Für die Griechen ist das nicht viel. Die Türkei droht mit bewaffnetem Widerstande; sie schickt nach Berlin einen angeblichen Protest der Albanesen gegen die Zerstückelung ihres Landes. Der größte Theil der Albanesen in Epirus und Griechenland wäre froh, griechisch zu werden. Erhebt Euch, Söhne Hellas, aber verlangt nicht von Europa, Euch zu helfen!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 22. Juni. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung der Kirchendiktaturvorlage bei § 5 fort, welcher den event. Wegfall des Bischofsitzes zuläßt. Abg. Jaydzewski behauptet, der Titel „Primas von Polen", den der Erzbischof Ledochowski geführt, sei keine politische Anmaßung. Dr. Bähr beschwert sich darüber, daß die freikonservative Partei es dem Abg. Windthorst nie recht machen könne, der sie tadle, wenn sie gegen die Regierung stimme und der sie erst recht angreife, wenn sie für diese stimme. v. Schorlemer-Alst: Wenn die Autorität der Kirche geachtet, dann ist die Autorität des Staates gewahrt; mit der einen fällt die andere. Er habe noch nicht gesehen, daß die Freikonservativen gegen die Regierung, vor Allem gegen die Kraftsäule derselben gestimmt hätten. Bezüglich eines vom Vorredner erwähnten Angriffs der „Germania" gegen v. Jedlitz erklärt v. Schorlemer, daß die „Germania" ein vom Centrum ganz unabhängiges Blatt sei (Heiterkeit). Die Bischöfe hätten ihren Eid gebrochen, wenn sie sich den Maigesetzen unterworfen hätten; ihr Eid war auf Grund der früheren Gesetze geleistet, die in diametralem Gegensatz zu den Maigesetzen standen. Wenn in § 5 die Gelöbnisse discretionär gebraucht werden sollen, so heiße das mit dem Eide spielen. Seit dem Kulturkampf gehe es auch mit der nationalliberalen Partei rückwärts; ein kurzes, schnelles Ende wäre das Beste, was sie treffen könnte (Heiterkeit). v. Sybel: Durch Annahme des § 5 lasse sich § 4 entbehren, durch den nur eine große confessionelle Spaltung herbeigeführt würde. Die Tiroler Bischöfe hätten Ach! und Schande! gerufen, weil Oesterreich den Protestanten Ausübung ihrer Konfession gestattete; und im selben Augenblicke solle Preußen den wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung verwiesenen Kollegen jener Erzbischöfe die Rückkehr gestatten! Dem Abg. Windthorst liege nach seiner gestrigen Erklärung mehr an der Aufrechterhaltung gewisser angeblich unveräußerlicher Herrschaftsrechte der Hierarchie als an dem kirchlichen Bedürfniß der Katholiken. (Bravo! auf der öffentlichen Tribüne. Der Präsident erklärt, die Tribüne sofort räumen zu lassen, falls sich dies wiederhole.) Windthorst meinte, Christus habe seinen Jüngern nicht gesagt, sie sollten, bevor sie lehrten, erst die Erlaubniß des Oberpräsidenten einholen; Christus habe aber den Staatsbehörden auch nicht gesagt: Gebt den Geistlichen auskömmliche Gehälter! Ein apostolisches Wort sage übrigens: Sei unterthan der Obrigkeit. Kloß: Durch die Vorlage würde der Kampf, anstatt beendet, nur weiter ausgedehnt. Dieselbe zeige eine Nachgiebigkeit des preußischen Staates, die Seitens der Kurie durch nichts motivirt ist. Jedes Entgegenkommen bestärkt die Kurie in ihrem Verhalten. Bezüglich der Forderung der Anzeigepflicht könne von Willkür der Staatsgewalt keine Rede sein, da sich ja der Staat selbst dem Urtheil des vollständig unparteiischen kirchlichen Gerichtshofes unterwirft. Entweder — oder. Seien die Maigesetze schlecht, so müßten sie abgeändert werden; aber zu einer willkürlichen Anwendung könne die Fortschrittspartei ihre Zustimmung nie geben. Reg.-Kommissar Dr. Hübler gegen den Antrag Bruel auf vollständige Beseitigung des Verweisereides. Es handle sich um ein Uebergangsstadium, bis man sich über eine entsprechende Modalität der Verpflichtung geeinigt. Eynern: Die Kurie werde durch gar nichts befriedigt, das lehre Belgien, wo man Orden, Congregationen, Jesuiten ꝛc. habe. Gerade dort blühe der Kulturkampf am meisten. (Rufe: Durch die Freimaurer!) Wo die Ultramontanen in der Minorität, seien sie immer sehr hübsche, bonnete Leute. Es erinnere ihn das an ein Geschichtchen aus Oberammergau. „Wir könnten so hübsch zusammenleben", meinte der Sohn zu seinem Vater; „wenn Du nur das fatale Prügeln sein ließest. Komm, wir wollen als Brüder leben." Der Vater ging darauf ein, sie lebten als Brüder und es dauerte just nicht lange, da — kriegte der Vater die Prügel. v. Bennigsen vertheidigt sich und den Nationalverein gegen die von Schorlemer erhobenen Angriffe. Hannover sei nicht in Folge der Bestrebungen des Nationalvereins, sondern durch den naturwidrigen Anschluß an Oesterreich, wozu die ultramontanen und welfischen Kreise den unglücklichen König Georg gedrängt, zu Grunde gegangen. Er sei durch seine politische Thätigkeit niemals mit irgend welchen eidlichen Verpflichtungen in Konflikt gerathen. Dr. Windthorst: Die Bestrebungen des Nationalvereins waren keineswegs so unschuldig, als sie v. Bennigsen hingestellt. Es sei unrichtig, daß 1866 in Hannover Jemand zum Anschluß an Oesterreich gedrängt. (Hoho! Heiterkeit.) v. Schorlemer-Alst: Durch die Welfen sei der König von Hannover nicht vom Throne gestürzt, wohl aber durch den Nationalverein. Derselbe habe für den König von Preußen gearbeitet und damals sei v. Bennigsen hannöverscher Unterthan gewesen. v. Bennigsen: Wenn seine Thätigkeit als Präsident des Nationalvereins gesetzwidrig gewesen wäre, hätte doch Windthorst, der ehem. hann. Justizminister war, gegen ihn einschreiten müssen. (Bravo!) Dr. Windthorst giebt zu, daß greifbare Gesetzverletzungen seitens des Nationalvereins nicht vorhanden waren, wohl aber waren die Tendenzen desselben verwerfliche (Ah!). Zum Anschluß an Oesterreich habe er 1866 nicht drängen können, da er damals gar nicht in Hannover gewesen. (Ruf: Das war sehr vorsichtig! Jubel.) Hannover habe die Neutralität vollständig aufrecht erhalten. (Widerspruch.) Das Land war nicht gerüstet, als Manteufel einrückte. § 5 wird mit dem freikonservativen Amendement, wonach von dem Erforderniß der Staatsangehörigkeit nicht dispensirt werden darf, angenommen. § 8 enthält eine Milderung des Sperrgesetzes. Bachem: Das Sperrgesetz habe einen gehässigen Charakter. Es handle sich ja nicht um die eingestellten Leistungen; man solle den Katholiken nur freie Ausübung ihrer Religion gestatten und sie wollten auf die Leistungen verzichten, ja selbst etwas dazu geben. Aber der Staat sei verpflichtet, die Bisthümer zu dotiren; es sei dies eine Ehrenschuld des preußischen Staates. v. Wedell-Malchow bekämpft den Windthorst'schen Antrag auf Aufhebung des Sperrgesetzes überhaupt und befürwortet das Amendement der Freiconservativen, welches die Bestimmung der Vorlage, wonach verhängte Sperrungen durch die Regierung wieder aufgehoben werden können, verallgemeinert. Abg. Dr. Windthorst: Unglaublich, aber doch wahr, daß der § 8 in diesem Jahre geschrieben worden ist! Eine ungleichmäßige Behandlung der einzelnen Sprengel sei verderblich. Die Regierung wolle die Macht in ihrer Hand haben, um dieselbe je nach „Wohlverhalten" zu gebrauchen. Vom Regierungstische aus wird entgegnet, daß das Sperrgesetz bei Eintritt des Friedens von selbst außer Kraft trete. §§ 7 und 8 werden schließlich abgelehnt.

Berliner Börse vom 22. Juni. Realisationsbestrebungen instruirten ungünstig die heutige Börse und ließen trotz mancher günstigen Momente, zu denen feste Notirungen aus Glasgow zu rechnen wären, höhere Course nicht zum Durchbruch kommen. Gleichzeitig wirkt der herannahende Ultimo mit seinem knappen Geldstande Schatten voraus, so daß, da auch die auswärtigen Börsen mit höherem Course nicht eingriffen, der Markt auf allen Gebieten reservirt blieb und diverse Effekten sich Coursabbröckelungen gefallen lassen mußten. Sächsische Werthe waren verhältnißmäßig fest.

Lokales und Sächsisches.

— Die Beförderung von Briefen und Aktenstücken, die für den in Pillnitz weilenden König bestimmt sind, erfolgt jetzt nicht mehr wie früher mittelst Gardereiter-Ordonnanzen; vielmehr empfängt Se. Majestät die für ihn bestimmten Schriftstücke täglich mehrmals durch besondere, mit dem Dampfschiffe fahrende Beamte.

— Die Stenographen 1. Klasse im hiesigen stenographischen Institut, Dr. phil. Rotter und Oppermann, sind zu Professoren der Stenographie ernannt worden.

— Dem seit 25 Jahren in der hiesigen Nutzholz- und Fournirhandlung von Alexander Eberts Erben beschäftigten Arbeiter Ernst August Sperling aus Loschwitz ist gestern wegen seines treuen Verhaltens in dem nämlichen Arbeitsverhältnisse von der k. Kreishauptmannsch. ein Belobigungsdekret ausgehändigt worden.

— Der erste Sekretär bei der russischen Gesandtschaft, von Silvansky, ist zur Dienstleistung auf einige Tage nach Berlin befohlen worden.

— Der Präsident der gegenwärtigen Schwurgerichtssession, Herr Kammerdirektor Stöckel ist auch für die Zeit vom 1. Juli bis Ende Septbr. zum Präsidenten ernannt worden. Die stattliche Reihe der Geschworenensitzungen, die bereits bis 3. Juli anberaumt sind, wird noch um mehrere Verhandlungen erweitert.

— Die sächsischen Bäder verzeichnen folgende Frequenzziffern: Bad-Elster, bis 16. Juni: 756 Parteien mit 1056 Personen. — Liegau (bei Radeberg), bis 15. Juni: 65 Parteien mit 101 Personen. — Marienborn (bei Kamenz), bis 15. Juni: 64 Parteien mit 75 Personen. — Schandau, bis 18. Juni: 138 Parteien mit 306 Personen. — Warmbad (bei Wolkenstein), bis 17. Juni: 68 Parteien mit 105 Personen. — Weißer Hirsch mit Oberloschwitz (klimatischer Kurort), bis 19. Juni: 215 Parteien mit 494 Personen.

SLUB
Wir führen Wissen.